

## Medienmitteilung

<b>Thema</b>	<b>Stromperspektiven 2035 – Unverändert weiter auf dem Irrweg</b>
Für Rückfragen	Martin Bäumlé, Tel +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Kanton Zürich, Asylstrasse 41, 8032 Zürich Tel +41 44 701 24 00, email <a href="mailto:zh@grunliberale.ch">zh@grunliberale.ch</a> <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	Mittwoch, 21. Februar 2007

### **Grünliberale kritisieren die Aussagen des Bundes zum Bau neuer Kernkraftwerke scharf**

Jahrelang verhinderte die vereinigte Atomstromlobby mit allen möglichen Mitteln die gezielte Förderung alternativer Energien und den Einsatz vorhandener, moderner Technologien zur Effizienzsteigerung der bestehenden Stromverbraucher. Im Anschluss daran wird eine Stromversorgungslücke „prognostiziert“, welche natürlich nur mit dem Bau neuer AKW behoben werden kann. Gleichzeitig wird (wiederum) versprochen, anschliessend erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu fördern, was im Hinblick auf die Realisierung neuer AKW wiederum mit allen Mitteln verhindert wird.

Dieses Vorgehen ist nicht nur inkompetent, sondern ignoriert auch den Willen der Bevölkerung. Die Grünliberalen kritisieren deshalb dieses Vorgehen scharf – und damit auch den Bundesrat, der komplett dem Lobbying der Atomstromlobby zu erliegen droht. Dies obwohl die Entsorgungsfrage nicht gelöst ist. Vielmehr wird die Verantwortung auf die nächsten 1000e von Generationen geschoben. Auch die Vorgänge im AKW Forsmark in Schweden haben gezeigt, dass ein Unfall wie Tschernobyl auch in „westlichen“ Staaten nicht ausgeschlossen werden kann. Weiterhin muss der Steuerzahler die Zeche für Risiken und Folgeschäden übernehmen, weil das Verursacherprinzip bewusst umgangen wird. Die Grünliberalen empfehlen dem Bundesrat, sich in corpore beim Unfallreaktor in Tschernobyl und in den umgebenden Gebieten in der Ukraine und ein Weissrussland von den gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Folgeschäden und Folgekosten ein Bild zu machen...

Statt neue AKWs fordern die Grünliberalen, dass das Problem endlich an der Wurzel angepackt wird – beim Energie- und Stromverbrauch. Eine Versorgungslücke entsteht einzig und allein durch zu günstige Stromtarife wegen der seit Jahrzehnten versteckten Subventionierung der AKWs durch den Steuerzahler und eine ständig steigende Nachfrage und der Orientierung der Politik und Kraftwerksbetreiber nach dieser. Diesen Trend zu brechen, ist leicht: Einsatz modernster, bereits heute vorhandener Technologien für sparsamen Einsatz des vorhandenen Stromes. Parallel dazu kann die nachhaltige Förderung alternativer Energien an die Hand genommen werden und muss die Kostenwahrheit bei AKWs eingeführt werden. Alle anderen Wege sind reine Irrwege und führen gerade wegen der neuen AKWs zu einer weiteren Blockierung von Effizienzmassnahmen für eine Energie- und Stromsverbrauchsreduktion. Damit führen gerade neue AKWs zu einer weiteren Zunahme von CO2 und damit einer Verstärkung des Klimaeffekts. Ein Schritt auf dem Weg weist die grünliberale Volksinitiative „2000-Watt-Gesellschaft für den Klimaschutz“, welche Anfangs März lanciert wird.